

Verabschiedung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan  
und Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtentwässerung  
Eppingen für das Jahr 2011

Stellungnahme der CDU Fraktion - Stadträtin Margarete Lang

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Holaschke, sehr geehrter Herr Bürgermeister Muckle, sehr geehrter Herr Weidemann, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, meine Damen und Herren,

Heute werden wir mit einem **Gesamtvolumen** von rd. 44,2 Millionen Euro den Haushaltsplan der Stadt Eppingen für das Jahr 2011 verabschieden. Er liegt 25% unter dem Rekordhaushalt von 2007. Betrachtet man nur den Vermögenshaushalt, so werden mit rund sechs Millionen Euro nur 30% der Summe eingesetzt, die damals für Investitionen ausgegeben wurde. Insgesamt bedeutet das die geringste Investitionsrate der vergangenen zehn Jahre neben dem Jahr 2003. Auch diese Feststellung weist hin, dass Eppingen, die Verwaltung und der Gemeinderat einen strikten **Konsolidierungskurs** fahren. Das zeigt sich auch darin, dass von den geplanten Investitionsvorhaben in den Jahren 2010 bis 2014 Maßnahmen in Höhe von mindestens 20 Millionen Euro ganz dem Rotstift zum Opfer fielen. Wir werden viele Jahre brauchen, diese nicht durchgeführten Maßnahmen sukzessive wieder in die mittelfristige Finanzplanung aufzunehmen.

Gestatten Sie mir zunächst eine Bemerkung zu einem ungewöhnlichen und bisher einmaligen Finanzjahr 2010, ein Jahr, in welchem wir viele Investitionen gar nicht tätigen konnten, weil wir sonst ein Schuldenvolumen angehäuft hätten, das uns in künftigen Jahren in unserem ohnehin begrenzten Spielraum fast keine Investitionen mehr erlaubt hätte. Das ursprünglich kalkulierte Defizit des Verwaltungshaushalts in Höhe von etwa 2,8 Millionen Euro wird in der Jahresrechnung nach Aussagen des Kämmers mit rund einer Million Euro erheblich geringer sein, weil die staatlichen Zuweisungen höher ausfielen, aber auch manche Ausgaben in 2010 nicht getätigt wurden.

Trotz des Silberstreifs am Horizont bleibt die Konsolidierung des Haushalts das Ziel der Verwaltung aber auch aller Fraktionen, das kam auch in den Haushaltsberatungen zum Ausdruck. Wir haben einen aus unserer Sicht vertretbaren Antrag gestellt, der die Konsolidierungsmaßnahmen nicht in Frage stellt und auf den ich später noch eingehen möchte.

Manche Kommunen auch in unserer Region sehen sich wieder vor dem Problem eines nicht ausgeglichenen Verwaltungshaushalts. Nach Presseinformationen werden die Haushalte der Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2011 ein Rekorddefizit von elf Milliarden Euro ausweisen. Unser Haushalt ist ausgeglichen, meines Erachtens ist die Situation in Eppingen doch als akzeptabel zu bezeichnen. Immerhin erwirtschaftet der **Verwaltungshaushalt** eine Zuführung zum Vermögenshaushalt in Höhe von 1,3 Millionen Euro. Dies gelingt uns sogar auch ohne Erhöhung der Realsteuern. Bereits in 2010 haben wir darüber nachgedacht, die Hebesätze für **Grundsteuer** zu diskutieren. Immerhin liegen unsere **Hebesätze** für diese Steuer im unteren Drittel. Wir sehen allerdings keine Veranlassung, den Hebesatz bei der **Gewerbsteuer** zu erhöhen und begrüßen es sehr, dass die Verwaltung für dieses Jahr doch nicht wie ursprünglich geplant an der Steuerschraube gedreht hat. Die für 2011 angesetzten Einnahmen bei der Gewerbesteuer mit einem Hebesatz von 355 Punkten halten wir für realistisch. Die wirtschaftliche Situation der Firmen und Handwerksbetriebe hat sich im Jahr 2010 positiv entwickelt, dies wird von vielen Seiten bestätigt. Deshalb sind wir zuversichtlich, dass die geplanten Einnahmen in Höhe von 5,55 Millionen Euro erzielt werden können.

Diese Einnahmen aus den Realsteuern bestreiten allerdings nur rund 21,2% des Volumens des Verwaltungshaushalts in Höhe von fast 38 Millionen Euro. Eppingen hängt nach wie vor stark von staatlichen Zuweisungen ab.

Die **Ausgaben des Verwaltungshaushalts** bleiben bei den großen Positionen wie Personal- sowie Verwaltungs- und Betriebskosten nahezu unverändert.

Mit dem Ansatz bei den Bewirtschaftungskosten wird bei den städtischen Gebäuden wieder nur das Nötigste erledigt werden können. Auf Dauer werden wir mit größeren Instandhaltungsmaßnahmen massiv konfrontiert sein, die sich nicht mehr mit laufenden Reparaturen erledigen lassen. Das gilt nicht nur für Gebäude sondern auch für Straßen. Um hier in mittelbarer Zukunft aktiv werden zu können, müssen wir die Möglichkeiten der Finanzierung dieser Maßnahmen im Laufe dieses Jahres diskutieren und beraten. Insbesondere sollte bei der Diskussion um die Instandhaltung von Gebäuden auch über Möglichkeit des Einbaus von Photovoltaikanlagen diskutiert werden.

Was uns mit großer Sorge erfüllt sind die jährlich steigenden Kosten für Zuweisungen und Zuschüsse an Dritte. Hier teilen wir die Sorge des Kämmerers was die Kostenexplosion bei der **Kinderbetreuung** angeht. Bei gleichbleibenden Kinderzahlen steigen die Kosten dieses Jahr wieder um rund 250.000 Euro auf 2,762 Millionen Euro. Obwohl das Land seinen Zuschuss um 150.000 Euro erhöht hat, bleibt uns ein rapide steigendes Defizit. Für jedes Kind, das in einem der

Kindergärten oder Kindertagesstätten unserer Stadt betreut wird, werden 3644 Euro eingestellt. Geld, das gut angelegt ist in die Bildung und Betreuung unserer Kleinsten. Die Einnahmen durch Elternbeiträge in den drei kommunalen Kindergärten decken zwar nur etwa ein Zehntel der Ausgaben, doch werden wir uns derzeit den kostenlosen Kindergarten nicht leisten können, so sehr wir uns seit Jahren mit dieser Forderung auseinandersetzen. Kinder sind unsere Zukunft - diese oft zitierte Aussage leitet uns auch bei unserem Bemühen, Eppingen als kinderfreundliche Stadt zu gestalten. Wir haben großes Interesse daran, für Familien mit Kindern attraktiv zu bleiben. Derzeit bieten die Kindergärten und Kindertageseinrichtungen eine beträchtliche Auswahl an bedarfsorientierten Betreuungsangeboten und Betreuungszeiten. Wir legen großen Wert darauf, dass dieses Angebot bedarfsorientiert weiter ausgebaut wird. An dieser Stelle ist es unserer Fraktion ein besonderes Anliegen, Verantwortlichen und Mitarbeitern in den verschiedenen Einrichtungen der Kinderbetreuung zu danken für ihre wertvolle Arbeit an und mit unseren Kindern. Danken möchte ich auch den evangelischen und katholischen Kirchengemeinden, die den größten Teil der Kinderbetreuung in unserer Stadt übernehmen und damit die christliche Werteerziehung im Kindergartenalter garantieren.

**Schule und Bildung** als Pflichtaufgabe gehören weiter zu unseren Kernthemen und den Aufgaben, denen wir uns vordringlich stellen wollen. Die Ausstattung der Schulen wird von uns nicht in Frage gestellt. Die Sachkostenbeiträge des Landes sind nicht ausreichend, die laufenden Kosten unserer modernen Schulen zu decken. Wir finanzieren darüber hinaus auch die **Schulsozialarbeit** mit derzeit 2,5 Stellen, eine freiwillige Leistung, die uns vor dem Hintergrund steigender Erziehungsprobleme wichtig ist. Auch wenn viele den Rückgang der traditionellen Kindererziehung in der Familie beklagen, befreit uns dies nicht von der Verantwortung, auf diese gesellschaftliche Veränderung zu reagieren. Allerdings lassen sich diese Probleme nicht allein mit Geld und dem Einsatz von Schulsozialarbeitern lösen. Die elterliche Verantwortung für ihre Kinder ist mehr denn je gefordert. Eltern, auch vor Ort, sollten intensiv in die Bildungsarbeit für ihre Kinder eingebunden werden. Wir sind der Auffassung, dass Eltern, die sich nicht zu ihrer Verantwortung für ihre Kinder bekennen und aktiv ihre Pflichten als Eltern wahrnehmen, zur Verantwortung gezogen werden können und müssen.

Ungeachtet dessen muss natürlich die im Grundgesetz garantierte Freiheit der Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder garantiert bleiben. Wir halten nichts davon, Eltern, die sich zu ihrer Verantwortung für ihre Kinder bekennen und ihre Kinder selbst betreuen und versorgen wollen, in einen verordneten Ganztagschulbetrieb in allen Schularten drängen zu wollen. Demgegenüber begrüßen wir es, dass es in allen unseren weiterführenden Schulen die **Ganztageschule als freiwilliges Angebot** für die Eltern gibt, die davon Gebrauch machen wollen.

Die örtliche Presse hat kürzlich eine Aufgabe der Kommune unter die Lupe genommen, die **öffentliche Bücherei**. Dabei kam unsere Stadt nicht gut weg. Allerdings sind viele Gemeinden in ähnlicher Lage, dass eine Bücherei, bei nicht befriedigender Auslastung, viel Finanzmittel bindet. Es gibt Kommunen, die in diesem Bereich auch mit dem Einsatz ehrenamtlicher Mitarbeiter kalkulieren. Beklagt wurde, dass neben den Ausgaben für das Personal der Löwenanteil der Kosten für Mieten aufgewendet wird statt mehr Geld in die Beschaffung neuer Bücher und Medien zu investieren. Leider können wir uns derzeit keine eigene Mediathek leisten. Das sehen wir auch mittelfristig nicht realisierbar. Was wir uns jedoch vorstellen können ist eine offensivere Arbeit der Bücherei um mehr in den Blick der Bevölkerung und der Schulen zu kommen. Wir müssen im Gremium darüber diskutieren, in wie weit die Arbeit für die kulturellen Angelegenheiten weiterhin einen untergeordneten Platz einnehmen wird.

Der demografische Wandel schreitet fort. Die Belange unserer **Senioren** werden immer wichtiger. Wir bitten die Verwaltung, bei ihrem gesamten Verwaltungshandeln verstärkt darauf zu achten, dass unsere Stadt auch für diese Bevölkerungsgruppe wichtig und attraktiv ist. Kleinigkeiten, beispielsweise bei der Planung von Straßen, Gehwegen und Straßenquerungen, aber auch Einkaufsmöglichkeiten in der Innenstadt und eine Infrastruktur, die unseren Senioren nicht zu viel abfordert, sind Anregungen, die an uns herangetragen werden. Aber auch eine Anlaufstelle wie wir sie seit Jahren immer wieder fordern und die wir im vergangenen Jahr konkretisiert haben, sollte in der Verwaltung ausgewiesen sein.

Wie bereits erwähnt, ist in diesem Jahr der **Vermögenshaushalt** sehr geschrumpft.

Investitionen werden über zwei und mehr Jahre verteilt.

Über 40% der Einnahmen des Investitionshaushalts sind Veräußerungserlöse. Mit der seit Jahren praktizierten Grundstückspolitik wird der Vermögenshaushalt jährlich zu einem großen Teil finanziert. Natürlich stehen den Veräußerungserlösen auch wieder Kosten für den Vermögenserwerb entgegen, was unsere Zustimmung findet.

Mit dem Erwerb von Grundstücken wird nicht nur die spätere Erschließung eines Wohnbau- oder Gewerbegebietes einfacher sondern auch die Befriedigung der Nachfrage für Bauwillige.

In der Kernstadt stehen derzeit keine neuen **Wohnbaugebiete** an. Es gilt hier, die vorhandenen Grundstücke anzubieten. Der größte Teil der Grundstückserlöse soll auch in Eppingen im Baugebiet Vogelsgrund erzielt werden. Auch in den Stadtteilen sind größtenteils noch Reserven vorhanden. Das gilt in geringen Umfang auch für gewerbliche Flächen. Für den großflächigen Bedarf werden Grundstücke im Industriegebiet Tiefental angeboten. 2001 wurde dieses Gebiet mit viel finanziellem Einsatz baureif - 10 Jahre später sind gerade einmal vier Grundstücke bebaut. Wir

gehen davon aus, dass die Wirtschaftsförderung wie geplant einen Investor für ein Grundstück in diesem Gebiet findet. **Gewerbegebiete** in Elsenz und Rohrbach sind neu bzw. weiter zu entwickeln. Hier gibt es bereits ernsthafte Interessenten.

Der für Grundstückskauf eingestellte Betrag wird nicht nur für den Erwerb von Bauerwartungsland eingesetzt. Insgesamt 65.000 Euro sind für den Kauf von Grundstücken vorgesehen, die der Fläche für die **kleine Gartenschau** zugeführt werden. Wir haben die Bewerbung für die kleine Gartenschau unterstützt, weil wir mit finanziellen Zuwendungen des Landes eine ansprechende Parkanlage in der Kernstadt gestalten, aber auch in den Stadtteilen Maßnahmen zur Verschönerung und zum Ausbau der Grünflächen vornehmen können. Um 2021 dieses Projekt zum Abschluss bringen zu können, müssen in den nächsten Jahren weitere Ansätze im Haushaltsplan eingestellt werden.

Nicht weil sich die finanzielle Situation entspannt hätte, haben wir einen Antrag auf den Bau eines **Parkplatzes am Berliner Ring** gestellt. Wir sahen eine Möglichkeit, ein aus unserer Sicht notwendiges Bauvorhaben mit finanziell vertretbarem Einsatz und Folgekosten noch aufnehmen zu können. Das Volumen ist unseres Erachtens überschaubar und kalkulierbar. Der Ausbau darf nicht einen exklusiven Standard haben. Wir halten einen feinen, gut verdichteten Schotterbelag für ausreichend. Die zu erwartenden jährlichen Folgekosten können finanziert werden. Die Notwendigkeit ist unseres Erachtens unbestritten. Veranstaltungen in den Hallen auf dem Schulcampus haben häufig ein Verkehrschaos am Berliner Ring zur Folge. Autofahrer parken nicht nur die Rettungswege und die Straße zu, sie behindern auch die Zufahrten zu den Anliegergrundstücken. Das allein hat uns nicht bewogen, diesen Antrag zu stellen. Der hässliche Standort für Altpapier und Flaschen am vielbefahrenen Südring soll auch verschwinden – für die Container muss auf der neu zu schaffenden Fläche ein geeigneterer Standort bereitgestellt werden. Besucher der Schulen und der Hallen beklagen oft den schlechten Eindruck, den dieser Bereich am Südring für Eppingen gibt.

Natürlich ist uns auch klar, dass es ganz viele Projekte gibt, die mit Priorität eins versehen werden müssen. Das haben auch die Kollegen bei der Beratung der Haushaltsanträge immer wieder betont. Wir sehen auch, dass die Fortsetzung der energetischen Sanierung bestehender Gebäude genauso auf der Agenda stehen muss wie die Sanierung maroder Straßen und Gebäude. Allerdings muss der finanzielle Aufwand finanzierbar sein und auf mehrere Haushaltsjahre verteilt werden. Diesen Grundsatz haben wir bereits bei der Aufstellung dieses Haushaltsplanes verfolgt.

Wir beginnen mit der **Sanierung des Hallenbads**. Die umfangreichen Maßnahmen müssen in mehreren Schritten erfolgen, um die finanziellen Belastungen in machbaren Rahmen zu lassen. Die Erneuerung der Heizung und der Lüftung schlägt mit knapp einer halben Million Euro zu Buche und kann nur in zwei Haushaltsjahren finanziert werden. Die weiteren Sanierungsmaßnahmen werden mit über 400.000 Euro in den Folgejahren kalkuliert. Wir fordern die Verwaltung auf, den Zeitplan für die Renovierung und die notwendige Schließung des Hallenbads gut vorzubereiten, damit sich die Nutzer rechtzeitig darauf einstellen können.

Sanierungsbedarf hat auch die **Schmiedgrundhalle**. Hier sollte im laufenden Jahr ein Konzept vorgelegt werden, damit bei den nächsten Haushaltsberatungen Prioritäten gesetzt werden können.

Für die **energetischen Sanierungsmaßnahmen** in den Schulgebäuden sollte ebenso ein Konzept erstellt werden, das im Gemeinderat zu diskutieren ist.

Dank der stark zurückgefahrenen Investitionen kommen wir im Jahr 2011 mit einer Kreditaufnahme in Höhe von rd. 660.000 Euro aus. Allerdings benötigen wir auch eine noch nicht aufgenommene Kreditsumme des Jahres 2010 in Höhe 2,6 Millionen Euro. Der **Schuldenstand** wird sich bis Ende des Jahres nach derzeitiger Rechnung auf rund 7,8 Millionen Euro erhöht haben, was einer pro Kopf Verschuldung in Höhe von 362 Euro entspräche. Entgegen der ursprünglichen Planungen wird die Kreditsumme über zwei Millionen Euro weniger betragen. Damit bleiben wir unter dem Landesdurchschnitt der Pro-Kopf-Verschuldung vergleichbarer Kommunen, der bei 450 Euro liegt.

Intensiv haben wir uns im zweiten Halbjahr 2010 mit dem Gebäude der katholischen Kirchengemeinde auseinandergesetzt, der ehemaligen Gaststätte **Schwanen**. Wir unterstützen die Sicht der Verwaltung, dass das Kaufangebot der katholischen Kirche angenommen werden sollte. Wir müssen in diesem Jahr über die weitere Nutzung dieses Gebäudes beraten. Unseres Erachtens ist dieses Anwesen ein idealer Ort für ein Bürger- und Kulturzentrum. Der schöne Saal mit den Stuckarbeiten sollte nicht nur dem Eppinger Figurentheater als Vorstellungsraum dienen. Bei einer Ortsbesichtigung konnten wir uns überzeugen, dass das Gebäude Platz für weitere kulturelle Einrichtungen hat. Insbesondere Vereine, die sich der Pflege der Kultur verschrieben haben, könnten einen Raum in diesem Gebäude nutzen. Vor dem Hintergrund der finanziellen Belastungen, die der Erwerb mit sich bringt, gilt es auch über Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung nachzudenken.

Das **Verkehrskonzept** wurde im Vorfeld der Haushaltsberatungen diskutiert, damit auch die Finanzmittel für die Umsetzung einzelner Maßnahmen eingestellt werden können. Die Säulen des Konzeptes stehen seit Jahren fest, neben der Umgehungsstraße und den Tangenten im Westen

und Osten ist die Gegenläufigkeit der Wilhelmstraße der letzte noch umzusetzende Baustein eines Planes, der seit über 20 Jahren immer wieder modifiziert wird, dessen Säulen aber schon in früheren Legislaturperioden zementiert wurden. So gab es auch trotz vieler Diskussionen keine Alternative zu der nun vor der Umsetzung stehenden Gegenläufigkeit der Wilhelmstraße. Jetzt stellen wir eine erste Rate in Höhe von 380.000 Euro ein. Mit diesem Betrag sollen die neuralgischen Stellen – Einmündung in die Brettener Straße bei der Polizei, Einmündung der Leiergasse in die Brettener Straße und Querung der Kaiserstraße und Wilhelmstraße – baulich umgestaltet werden. Sobald die Gestaltungsvarianten beschlossen sind, muss zeitnah die Ausschreibung der Baumaßnahme erfolgen. Nach derzeitigem Stand werden insgesamt 3,1 Millionen Euro in den nächsten drei Jahren für die Umgestaltung der Innenstadt und die Umsetzung des Verkehrskonzepts notwendig. Damit kann die gewünschte Verkehrsberuhigung in der Stadtmitte erreicht werden.

Leider müssen wir immer noch über eine Bebauung des **Süßmostereiareals** diskutieren, mittlerweile tun wir das im sechsten Jahr. Und es liegen immer noch nur vage Konzepte, aber keine konkrete Planung mit echter Aussicht auf Umsetzung vor. Eng wird es jetzt mit Blick auf die Umbaupläne in der Brettener Straße. Mit Recht wenden die Geschäftsinhaber ein, die Zeit des Umbaus der Einkaufsstraße wird mit Umsatzeinbußen verbunden sein. Abfedern könne man die Einbußen nur, wenn zentrumsnahe Parkplätze in ausreichender Menge vorhanden sind. Ein leidiges Thema, das wir auch seit Jahren diskutieren und dem wir durch die neu geschaffenen Parkmöglichkeiten an der Wilhelmstraße, der Leiergasse und der Ludwig-Zorn-Straße vermeintlich Abhilfe geschaffen haben. Jetzt, Herr Oberbürgermeister, ist es endlich an der Zeit, die Dauerparker an der Wilhelmstraße zu verbannen und eine zeitliche Begrenzung der Parkzeit einzuführen. Wir haben das nicht nur in der letzten Haushaltsrede gefordert, in mehreren Sitzungen wurde unsere Anfrage diesbezüglich einfach ignoriert.

Die Geschäftsleute in der Einkaufsstraße regen aber auch an, den Umbau der Brettener Straße erst vorzunehmen, wenn eine Bebauung des Süßmostereiareals abgeschlossen ist. Eine Anregung, die Sinn macht. Wir fordern die Verwaltung deshalb auf, die Gespräche mit Investoren sehr offensiv anzugehen. Wir sind aber auch der Meinung, die Entwicklung der Fläche nicht bis zum Sankt Nimmerleinstag nur mit Wünschen zu belegen und Taten nicht folgen zu lassen. Wir sollten uns an dieser Stelle mit dem Bau einer Tiefgarage, wie das schon seit einigen Jahren angedacht ist und auch schon beim zweiten Bauabschnitt des Rathausanbaus berücksichtigt wurde, auseinandersetzen.

**Verkehrskreisel** an verkehrsreichen Kreuzungen sind Forderungen, die manche Bürger an uns herantragen und auch die Presse verschiedentlich aufgegriffen hat. Wir haben schon mehrfach auch in unseren Haushaltsreden angeregt, mangels finanzieller Möglichkeiten und auch weil teilweise die Fläche für ausreichende Gestaltung nicht vorhanden ist, Minikreisel einzurichten. Manche Kommunen sehen sich denselben Problemen gegenübergestellt und versuchen, mit Straßenmarkierungen einen Kreisverkehr zu installieren. Wir bitten nochmals, diese Möglichkeiten zu prüfen.

Mit der **Sanierungsförderung** wird derzeit sowohl das ehemals städtische Gebäude ‚Diakonat‘ an der Bahnhofsstraße als auch die Alte Post am Marktplatz geschäftlicher und privater Nutzung zugeführt. Ohne die Zuschüsse hätte sich die Baumaßnahme für die Investoren nicht gerechnet. Aber auch für die Stadt selbst ist die Sanierungsförderung ein wichtiges Instrument, eigene Baumaßnahmen zu realisieren. Es ist deshalb unabdingbar, die Sanierungsförderung weiter zu beantragen und umzusetzen. Weitere Objekte in der Innenstadt könnten so private Investoren finden. Wir bedauern, dass das Projekt in der Ölgasse offensichtlich bei unserer Bürgerschaft nicht das nötige Interesse findet. Doch hier wie auch beim Rössle Areal sollte die Verwaltung weiterhin alle Möglichkeiten nutzen, Investoren zu finden.

Zur Infrastruktur gehören auch die sieben **Friedhöfe**, in die wir jedes Jahr investieren. Mit der Anlage moderner Grabfelder wie Rasengräber oder Baumbestattungen haben wir uns schon beschäftigt. Bis 2012 wird es auch in allen Stadtteilen möglich sein, Baumbestattungen durchzuführen. Nicht geklärt ist eine Angebotsform, die in vielen Nachbargemeinden bereits umgesetzt wird, weil die Angehörigen die Pflege nicht mehr leisten können oder wollen - die gärtnerbetreuten Grabfelder. Wir bitten die Verwaltung, dieses Thema in einer Verwaltungsausschusssitzung zu behandeln.

Das **Rettungswesen** in Eppingen hat im vergangenen Jahr sehr häufig und teilweise sehr intensiv der Bevölkerung vor Ort ihre Schlagkraft unter Beweis stellen müssen. Dies gelingt weil viele ehrenamtlich Tätige selbstlos ihren Dienst am nächsten verrichten. Es gelingt aber auch, weil die **Feuerwehr** modern und technisch gut ausgerüstet ist. Einzig die Drehleiter sollte schon seit Jahren ersetzt werden. Nachdem im vergangenen Jahr diese Investition dem Rotstift weichen musste, wird diese Anschaffung in diesem und im nächsten Jahr mit 690.000 Euro in die Liste der Investitionen aufgenommen. Die Unterbringung der Fahrzeuge ist in der Vergangenheit durch verschiedene Baumaßnahmen gesichert. Doch wenn es um die Umkleidemöglichkeiten der Feuerwehrmänner und -frauen geht, gibt es sowohl in Eppingen als auch in Adelshofen Handlungsbedarf. Mit den Umbauten in den Gebäuden dieser Abteilungswehren sind für uns die

Baumaßnahmen dort für die nächsten Jahre abgeschlossen. Wir wissen, dass die für die Abteilungswehr Eppingen eingestellte Summe nur die Materialkosten deckt. Wir danken den Feuerwehrkameraden der Abteilungswehr Eppingen, dass sie mit ihrer Muskelhypothek die Lohnkosten finanzieren. Ohne diese Zusage hätten wir dem Umbau nicht zustimmen können.

Der **Bauhof** wurde in den letzten Monaten stark für den Einsatz im Winterdienst in Anspruch genommen. Die Mitarbeiter haben sorgfältig gearbeitet, wenn auch nicht jeder Mitbürger mit allem zufrieden war. Es war nicht immer möglich, alle Bedürfnisse zu befriedigen. Für dieses Jahr steht neben einigen notwendigen Geräten auch die Anschaffung eines Multicars für den Bauhof auf dem Investitionsprogramm, ein Fahrzeug, das auch im Winterdienst zum Einsatz kommen wird.

Im Internetzeitalter ist es für viele selbstverständlich, den Zugang zum Internet über einen **DSL Anschluss** zu haben. Im ländlichen Raum, also auch bei uns, kann nicht jeder Bürger dies so einfach umsetzen. Deshalb haben wir im vergangenen Jahr für die Stadtteile Adelshofen und Kleingartach die Voraussetzungen geschaffen, die notwendig sind, einen DSL Anbieter zu finden. Trotz vieler Nachfragen bei verschiedenen Anbietern ist es immer noch ungewiss, wer die Leitungen in die vorbereiteten Leerrohre zieht. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, die Leitungen selbst einzuziehen und dann an einen Betreiber zu vermieten. Diese Aufgabe läge im Tätigkeitsfeld von **Stadtwerken**. Derzeit ist die Rekommunalisierung bei Gemeinderäten vieler Kommunen ein Thema. Auch wir haben uns mit den Vorteilen eines [kommunalen Unternehmens](#) befasst, das die Grundversorgung der Bevölkerung mit Strom, Wasser und Gas, Nah- und [Fernwärmeversorgung](#), Kommunikationsdienstleistungen, [öffentlicher Personennahverkehr](#), [Müllentsorgung](#) und [Recycling](#), [Parkhaus](#), und anderes mehr anbieten könnte. Das Thema wird dieses Jahr weiter diskutiert werden müssen, die Konzessionsverträge mit EnBW laufen Ende des Jahres aus. Dennoch sind wir der Meinung, dass dieses Thema mit Bedacht und unter Abwägung aller Vor- und Nachteile diskutiert werden muss. Zeitdruck gibt es unseres Erachtens hier nicht.

Wir sind stolz auf die vielfältige musische, kulturelle und sportliche Ausrichtung der über 200 Organisationen in unserer Stadt. Sie leisten einen beachtlichen Beitrag für das gesellschaftliche Leben und sind ein wichtiger Standortfaktor. Auch in diesem Jahr werden wir die Vereine mit freiwilligen Leistungen im Rahmen unserer Möglichkeiten weiter unterstützen. Neben vielen kleinen Anträgen wird der Antrag eines Vereins mit einem größeren Betrag unterstützt. Für den Ausbau des Verkehrsübungsplatzes erhält der Motorsportclub Eppingen Finanzmittel in Höhe von 25.000 Euro.

Die CDU stand und steht weiterhin zu der **Ortschaftsratsverfassung**. Für uns ist die Arbeit in den Ortschaftsräten ein wichtiges Instrument, die Bedürfnisse vor Ort zu ermitteln und zu beraten. Auch in diesem Jahr haben die Verantwortlichen in den Stadtteilen bei den Anmeldungen zum Haushalt vorsichtig agiert mit Blick auf die finanzielle Lage der Stadt.

In **Adelshofen** werden die baureifen Grundstücke knapp. Wir setzen auf die Fläche ‚Alter Richener Weg‘ und stellen nun Planungsmittel ein.

Wichtig ist auch eine bauliche Veränderung im Feuerwehrgerätehaus. Hier sollen durch Baumaßnahmen die bisher fehlenden Umkleieräume geschaffen werden. Seit 2008 wird die Dringlichkeit dieses Vorhabens diskutiert. Wegen der finanziellen Engpässe im letzten Haushaltsjahr haben damals die Verantwortlichen in Adelshofen der Verschiebung zugestimmt.

Das größte Projekt in **Elsenz** in den vergangenen Jahren war sicherlich die Sanierung der Ortsdurchfahrt, die sich bereits seit August 2009 in der Ausführung befindet und nun endlich zum Abschluss gebracht werden kann. Für die Fertigstellung der begleitenden Maßnahmen zur Ortsdurchfahrt sind auch in diesem Haushalt Gelder eingestellt.

Während es noch eine ausreichende Zahl an baureifen Grundstücken für Wohngebäude gibt, beklagen Ortschaftsrat und die örtlichen Unternehmer seit Jahren fehlende Gewerbeflächen. Jetzt soll das so lange diskutierte Gewerbegebiet Streitland mit erheblichem finanziellem Aufwand erschlossen werden. Unsere Zustimmung findet diese Maßnahme schon deshalb, weil ein ortsansässiges Unternehmen ernsthaftes Interesse am Kauf eines Grundstücks zeigt. Wir achten seit jeher darauf, Gewerbetreibenden in ihrem Stadtteil Flächen anbieten zu können. Wir danken der Verwaltung ausdrücklich, dass sie hier unsere Aufforderung aus der Haushaltsrede des vergangenen Jahres aufgegriffen hat.

Schwerpunkt der Investitionen im Stadtteil **Kleingartach** ist die Anfinanzierung der Erweiterung des Baugebiets Martinsberg mit 200.000 Euro. Seit Jahren werden Baugrundstücke dort nachgefragt und können nicht mehr angeboten werden. Mit dieser Maßnahme kommen wir dem Wunsch des Ortschaftsrats aber auch bauwilliger Mitbürger nach. Es bleibt zu überlegen, in wie weit die Anzahl der Baugrundstücke für auswärtige Bewerber begrenzt werden soll.

Das Land und der Landkreis führen Straßenbaumaßnahmen durch, die städtische Maßnahmen zwingend notwendig machen. So werden wir im Zuge der baulichen Verbesserung der Zabergäustraße die Gehwege erneuern. Weitere Maßnahmen an den Gehwegen sind auch in der Güglinger Straße und der Leintalstraße vorgesehen.

Die Sanierung und der Umbau der Leichenhalle sowie der Neubau der Aussegnungshalle sollten schon abgehakt sein. Doch die finanziellen Engpässe haben auch hier eine Verschiebung auf die

Jahre 2011 und 2012 notwendig gemacht. Die Finanzmittel sind jetzt eingestellt, so dass die Maßnahme 2012 beendet werden kann.

Das Gewerbegebiet an der Sulzfelder Straße in **Mühlbach** hat keine Kapazität mehr, um bestehende Nachfragen befriedigen zu können. Es ist unserer Fraktion wichtig, dass die Erweiterung dieses Gebietes planerisch auf den Weg gebracht wird. Das kann im eigenen Haus geschehen und sollte 2011 erfolgen.

Es ist vorgesehen, den Parkplatz beim Friedhof oberhalb der Frankenstraße zu sanieren. Ferner werden die Gehwege in der Strandstraße und in Teilen der Hauptstraße saniert.

Nach wie vor halten wir den Bau eines Kreisverkehrs in **Richen** an der Gemminger Straße für notwendig, um den Kreuzungsschwerpunkt mit der Stebbacher Straße zu entschärfen. Leider sieht das Land keine Priorität und verweigert die finanzielle Unterstützung. Wir halten es dennoch für geboten, dass Maßnahmen getroffen werden, die Schulwegsicherheit für die Schulkinder weiter zu verbessern. Das wird mit einer Verkehrsberuhigung mittels Kreisverkehr möglich sein.

Die Abteilungswehr in Richen wird nun endlich mit den Fahrzeugen ausgestattet werden, die sie seit geraumer Zeit beantragt hat. 210.000 Euro sind im Haushaltsplan dafür eingestellt. Auch für dieses Vorhaben war durch die angespannte Haushaltslage 2010 eine Verschiebung um ein Jahr notwendig. Diese Verzögerung wurde damals mit den Verantwortlichen der Abteilungswehr abgesprochen und akzeptiert.

Nach der Fertigstellung der Leichenhalle in **Rohrbach** wird in diesem Jahr der Vorplatz dort neu gestaltet werden. Wichtig für die Gewerbetreibenden vor Ort ist die Erweiterung des Gewerbegebiets Wiesental. Interessenten für Gewerbegrundstücke sind bekannt. Es wird bereits mit den Einnahmen aus dem Verkauf eines Grundstücks kalkuliert.

Mit diesem Haushaltsplan wird auch der Wirtschaftsplan des **Eigenbetriebs Stadtentwässerung Eppingen** verabschiedet. Die Einnahmen aus der Abwassergebühr werden auch nach der Umstellung auf die neue Abrechnungsform der gesplitteten Abwassergebühr konstant bleiben. Der überwiegende Teil der Investitionsmittel wird einerseits für den Neubau eines Faulturms andererseits für die Erschließung des Gewerbegebiets Streitland in Elsenz und die Erweiterung des Baugebiets Martinsberg in Kleingartach eingestellt. Um alle anfallenden Aufgaben und Investitionen tätigen zu können, muss eine weitere Kreditaufnahme in Höhe von 1,7 Millionen Euro eingeplant werden. Zum Jahresende werden wir die stattliche Schuldensumme von 19,5 Millionen Euro erreicht haben. Der Schuldendienst beläuft sich auf eine Million Euro und beträgt damit fast 21% unserer Ausgaben im Erfolgsplan. Diese Relation verändert sich nicht positiv und

wird von uns seit Jahren kritisch verfolgt. Wir fordern die Betriebsleitung auf, die Thematik in diesem Jahr zu diskutieren und Lösungsansätze zu überlegen.

Es gilt heute auch, die von der Verwaltung angesetzte mittelfristige Finanzplanung zu beschließen. Sie trägt der weiterhin schwierigen finanziellen Situation der Stadt Eppingen als finanzschwache Gemeinde Rechnung. Wir hängen am Tropf von Bund und Land und sind nicht in der Lage größere Investitionen nur mit eigenen Finanzmitteln zu tätigen. Dringend notwendige Straßenbaumaßnahmen finden sich ebenso wenig wie wünschenswerte Infrastrukturprojekte wie Kulturzentrum, Bücherei etc. Die Kosten für diese Vorhaben lassen sich derzeit nicht darstellen.

Dennoch ist der vorliegende Haushaltsplan mit den darin vorgeschlagenen Investitionen für uns der richtige Weg für das Jahr 2011. Wir werden sicherlich von der einen oder anderen Nachbargemeinde um unseren gut aufgestellten Haushalt beneidet. Möglich ist dies nur durch Ihren hohen persönlichen Einsatz, Herr Oberbürgermeister Holaschke, aber auch durch die engagierte Mitarbeit aller Beschäftigten unserer Stadt. Dafür dankt die CDU Fraktion herzlich. Unserer besonderer Dank gilt der Stadtkämmerei, Ihnen Herr Stadtkämmerer Weidemann und allen Ihren Mitarbeitern.

Danken möchten wir allen ehrenamtlich Tätigen in Vereinen und Organisationen sowie kirchlichen, sozialen, kulturellen und sportlichen Einrichtungen unserer Stadt. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zum Gemeinwohl und sind Vorbild für die nachkommende Generation. Ohne den Einsatz eines jeden kann ein Gemeinwesen nicht erfolgreich agieren. Diese Aussage ist mir wichtig und ich wiederhole deshalb was ich im Vorjahr an dieser Stelle bereits zum Ausdruck gebracht habe.

Die CDU Fraktion stimmt dem Haushaltsplan und dem Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtentwässerung für das Jahr 2011 zu.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und erhoffe mir für die gesamte Fraktion auch in Zukunft die gute Zusammenarbeit sowohl mit der Stadtverwaltung, als auch den Kolleginnen und den Kollegen des Gemeinderats.